



Justizkommission
Commission de justice

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
+41 031 633 75 81
www.be.ch/gr

Tätigkeitsbericht 2021 der Justizkommission

Inhaltsverzeichnis

1.	Tätigkeit der Justizkommission.....	3
1.1	Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft	3
1.1.1	Voranschlag 2022 / Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025 der Justiz (VA 2022 / AFP 2023-2025).....	3
1.1.2	Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2020 der Justiz	4
1.1.3	Bewilligung von Nebenbeschäftigungen	4
1.2	Vorbereitung der Richterwahlen.....	4
1.2.1	Ersatzwahlen für die laufende Amtsdauer bis 31.12.2022	4
1.2.2	Wiederwahl der Präsidentin für das Obergericht für die Amtsdauer vom 01.01.2022 bis 31.12.2024	5
1.2.3	Vorbereitung der Wiederwahlen der Mitglieder der Gerichtsbehörden und der Generalstaatsanwaltschaft für die Amtsdauer vom 01.01.2023 bis 31.12.2028	5
1.3	Vorberatung von Erlassen.....	6
1.4	Beratung von Straferlassgesuchen	6
1.5	Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben	6
2.	Antrag der Justizkommission.....	7
ANHANG: Personelle Zusammensetzung, Organisation und Beanspruchung der JuKo 2021		8

Die Justizkommission (JuKo) orientiert mit vorliegendem Bericht gemäss Artikel 50 Absatz 4 GO¹ über ihre Tätigkeit nach Artikel 38 GO.

1. Tätigkeit der Justizkommission

1.1 Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft

Die JuKo nahm im Jahr 2021 im Auftrag des Grossen Rates die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten kantonalen Gerichte (Obergericht, Verwaltungsgericht) sowie der Generalstaatsanwaltschaft wahr. Nicht Bestandteil der Aufsicht ist die Würdigung der Rechtsprechung der Gerichte. Vielmehr gilt die Aufsicht der Kontrolle, ob die Geschäftsführung der genannten Justizbehörden gesetzeskonform erfolgt. Gleichzeitig muss im Rahmen der Aufsicht sichergestellt werden, dass die Behörden über die notwendigen Ressourcen und adäquaten Arbeitsbedingungen verfügen, um den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtsprechung innert den gesetzlichen Fristen erfüllen zu können.

Die beaufsichtigten Gerichtsbehörden wurden von den zuständigen Kommissionsausschüssen im Berichtsjahr einmal besucht. Die Besuche konnten entgegen der schriftlichen Durchführung vom Vorjahr im Berichtsjahr wieder physisch – unter Einhaltung aller Vorgaben bezüglich der Covid-19-Pandemie – stattfinden.

Die Vorberatung des Geschäftsberichts inklusive Tätigkeitsbericht der Justiz einerseits, sowie des Voranschlags mit Aufgaben- und Finanzplan der Justiz (VA / AFP der Justiz) andererseits, bildeten im Frühjahr und im Herbst die Schwergewichte der Kommissionstätigkeit.

Die JuKo hat sich im Berichtsjahr mit den folgenden Themen befasst:

1.1.1 Voranschlag 2022 / Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025 der Justiz (VA 2022 / AFP 2023-2025)

Vorbemerkung

In den vergangenen Jahren fand im Rahmen der Vorberatungen des VA / AFP der Justiz jeweils ein trilaterales Treffen zwischen der JuKo, der Justizdelegation des Regierungsrates sowie der Justizleitung (trilaterales Treffen) statt. Der Regierungsrat gelangte Ende 2020 mit dem Anliegen an die JuKo, inskünftig auf ein solches Treffen zu verzichten. Die JuKo beschloss sodann Anfang 2021, diesem Anliegen zu folgen und inskünftig bei den entsprechenden Sitzungen nur noch bei Bedarf eine Vertretung der Regierung einzuladen. Festgehalten wurde gleichzeitig am jährlichen, institutionalisierten Austausch mit der Justizleitung, der auch weiterhin im Zusammenhang mit den Vorberatungen zum VA / AFP der Justiz stattfinden wird.

VA 2022 / AFP 2023-2025 der Justiz

Wie schon in den Vorjahren führten die Geschäftsleitung der JuKo und die Justizleitung während des sogenannten Budgetprozesses einen intensiven Dialog. Anlässlich der Vorberatung des VA 2022 / AFP 2023-2025 durch das Kommissionsplenum fand im November das Treffen mit der Justizleitung statt. Anlässlich dieses Treffens informierte die Justizleitung ferner über den aktuellen Stand der Arbeiten zu NeVo / Rialto und gab zudem einen Einblick in den neuen Webauftritt der bernischen Justiz.

¹ Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 4. Juni 2013 (GO; BSG 151.211).

Schwerpunkte der Berichterstattung der JuKo zum VA 2022 / AFP 2023-2025 der Justiz bildeten auch in diesem Jahr die Auswirkungen von Neuerungen und Änderungen der Bundesgesetzgebungen sowie die Sach- und Personalaufwendungen.

Der VA 2022 / AFP 2023-2025 der Justiz wurde vom Grossen Rat in der Wintersession 2021 genehmigt.

1.1.2 Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2020 der Justiz

Im Frühjahr 2021 nahm die JuKo den Rechnungsabschluss 2020 der Justiz entgegen. Der Saldo der Rechnung lag CHF 5,3 Millionen unter dem budgetierten Saldo des Voranschlags 2020. Die Berichterstattung über den Geschäftsbericht 2020 der Justiz erfolgte aufgrund eines unfallbedingten Ausfalls des JuKo-Sekretariates ausnahmsweise mündlich während der Sommersession 2021; die Kommission hatte dabei keine besonderen Bemerkungen zum Geschäftsbericht 2020².

Anlässlich der Aufsichtsbesuche 2021 liess sich die JuKo über verschiedene Themenbereiche im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbericht 2020 informieren. Die zugehörige Berichterstattung findet sich im Bericht der Kommission über den Tätigkeitsbericht 2020 der Justiz, welcher in der Herbstsession 2021 vom Grossen Rat behandelt wurde.

1.1.3 Bewilligung von Nebenbeschäftigungen

Die hauptamtlichen Mitglieder von Obergericht, Verwaltungsgericht und Generalstaatsanwaltschaft sollen ihr Amt unabhängig ausüben und ihre Arbeitskraft möglichst uneingeschränkt in den Dienst der bernischen Justiz stellen. Die Ausübung aller Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter (während und ausserhalb der Arbeitszeit) ist für die voll- und teilzeitlich tätigen Richterinnen und Richter des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts sowie für die hauptamtlichen Mitglieder der Generalstaatsanwaltschaft bewilligungspflichtig.

Im Berichtsjahr hat die JuKo in Anwendung ihrer Grundsätze drei Gesuche um Bewilligung einer Nebenbeschäftigung oder eines öffentlichen Amtes behandelt. Sämtliche Gesuche wurden bewilligt.

1.2 Vorbereitung der Richterwahlen

1.2.1 Ersatzwahlen für die laufende Amtsdauer bis 31.12.2022

Für die Vorbereitung der Richterwahlen hat die JuKo einen ständigen Ausschuss, den Ausschuss IV, eingesetzt. Im Ausschuss IV ist jede grossrätliche Fraktion mit je einem Mitglied vertreten. Hauptaufgabe des Ausschusses IV ist die Abgabe der Wahlempfehlung. So beurteilt er sämtliche Bewerberinnen und Bewerber gestützt auf die Bewerbungsdossiers, die eingeholten Stellungnahmen³, die Vorselektion und die Bewerbungsgespräche. In diesem Zusammenhang ist gerade das Einholen von Stellungnahmen bei den entsprechenden Gerichtsbehörden sowie weiteren Instanzen ein wesentliches Kriterium im ganzen Wahlvorbereitungsverfahren. Dabei ist der Ausschuss IV darauf angewiesen, dass die Instanzen ihre Stellungnahmen klar und begründet abfassen.

² Vgl. im Detail auch Ausführungen von Herrn Jan Gnägi, Präsident der Justizkommission, im Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern zur Sommersession 2021, S. 98 f.

³ Die Stellungnahmen werden insbesondere beim Obergericht, Verwaltungsgericht, bei der Generalstaatsanwaltschaft, dem bernischen Anwaltsverband und dem Verein bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingeholt (Art. 21a des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft [GSOG; BSG 161.1]).

Im Laufe des Berichtsjahrs fanden diverse Ersatzwahlen statt. Folgende Wahlen waren für die Amtsdauer bis 31.12.2022 vorzubereiten:

- Wahl von vier Mitgliedern deutscher Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl von sieben Ersatzmitgliedern deutscher Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl von drei kaufmännischen Fachrichterinnen oder Fachrichtern deutscher Muttersprache für das Handelsgericht;
- Wahl von zwei Fachrichterinnen oder Fachrichtern deutscher Muttersprache für das Kindes- und Erwachsenenschutzgerichts;
- Wahl eines Mitglieds für das Verwaltungsgericht, verwaltungsrechtliche Abteilung;
- Wahl eines Mitglieds für das Verwaltungsgericht, Abteilung für französischsprachige Geschäfte;
- Wahl eines Ersatzmitglieds für das Verwaltungsgericht, Abteilung für französischsprachige Geschäfte;
- Wahl einer Fachrichterin oder eines Fachrichters für das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten;
- Wahl einer stellvertretenden Generalstaatsanwältin oder eines stellvertretenden Generalstaatsanwaltes;
- Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten für die Steuerrekurskommission (gleichzeitig hauptamtliche Richterin oder hauptamtlicher Richter);
- Wahl einer zweisprachigen Richterin oder eines zweisprachigen Richters für das Jugendgericht;
- Wahl von drei Fachrichterinnen oder Fachrichtern für das Jugendgericht;
- Wahl von sieben Richterinnen oder Richtern deutscher Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl von zwei Laienrichterinnen oder Laienrichter deutscher Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl einer oder eines Vorsitzenden deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden;
- Wahl von zwei arbeitsrechtlichen Fachrichterinnen oder Fachrichtern deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden;
- Wahl von zwei Fachrichterinnen oder Fachrichtern in Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden;
- Wahl von zwei mietrechtlichen Fachrichterinnen oder Fachrichtern deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden.

Für die Ersatzwahlen im Berichtsjahr wurden insgesamt 85 (Vorjahr: 48) Bewerbungsgespräche durchgeführt.

1.2.2 Wiederwahl der Präsidentin für das Obergericht für die Amtsdauer vom 01.01.2022 bis 31.12.2024

In der Wintersession fand ferner die Wiederwahl der Präsidentin des Obergerichts, Frau Annemarie Hubschmid, statt. Die JuKo bereitete diese Wahl vor und empfahl dem Grossen Rat Frau Obergerichtspräsidentin Hubschmid entsprechend dem Wahlvorschlag des Plenums des Obergerichts zur Wiederwahl. Die Wiederwahl erfolgte für die Amtsdauer vom 01.01.2022 bis am 31.12.2024.

1.2.3 Vorbereitung der Wiederwahlen der Mitglieder der Gerichtsbehörden und der Generalstaatsanwaltschaft für die Amtsdauer vom 01.01.2023 bis 31.12.2028

Per 31. Dezember 2022 wird die aktuelle Amtsdauer der haupt- und nebenamtlichen Mitglieder der Gerichtsbehörden und der Generalstaatsanwaltschaft⁴ enden. Aus diesem Grund begannen im Herbst 2021 die Vorbereitungsarbeiten und die Mitglieder der Gerichtsbehörden und der Generalstaatsanwaltschaft wurden auf elektronischem Weg angefragt, ob sie sich für die neue Amtsdauer vom 01.01.2023 bis

⁴ Mit Ausnahme der Fachrichterinnen und Fachrichter des Kindes- und Erwachsenenschutzgerichtes, welche eine andere Amtsdauer haben

31.12.2028 zur Wiederwahl stellen möchten oder nicht. Zu den eingegangenen Anmeldungen wurden Stellungnahmen eingeholt; dies in der Regel beim Obergericht, dem Verwaltungsgericht, der Generalstaatsanwaltschaft, dem Bernischen Anwaltsverband sowie dem Verband Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie bei Bedarf bei weiteren Einheiten der Justiz. Basierend auf diesen Stellungnahmen hat die Justizkommission Anfang 2022 entschieden, alle Personen dem Grossen Rat zur Wiederwahl zu empfehlen. Die Wiederwahlen sind für die Sommersession 2022 vorgesehen; daraus resultierende Ersatzwahlen für die Herbst- und Wintersession 2022.

1.3 Vorberatung von Erlassen

Im Berichtsjahr hatte die JuKo zwei Erlasse zu behandeln. Dabei ging es um die Vorberatung der Änderungen der Verfassung des Kantons Bern (KV) sowie des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG) («Justizverfassung und Massnahmen aus der Evaluation der Justizreform II»). Die erste Lesung beider Vorlagen fand in der in der Herbstsession 2021 im Grossen Rat statt. Die zweite Lesung dieser Vorlagen ist für die Sommersession 2022 vorgesehen.

1.4 Beratung von Straferlassgesuchen⁵

Die JuKo hat die Aufgabe, eingehende Straferlassgesuche (auch Begnadigungsgesuche genannt) zu beraten und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Die Vorberatung innerhalb der Kommission obliegt dem Ausschuss I.

Im Berichtsjahr hatte die Kommission kein Straferlassgesuch vorzubereiten.

1.5 Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben⁶

Die JuKo ist für die Behandlung von sämtlichen Petitionen und Eingaben an den Grossen Rat zuständig. Innerhalb der Kommission werden die Petitionen und Eingaben vom Ausschuss II vorberaten. Dabei gilt bezüglich der Behandlung von Petitionen und Eingaben folgende Praxis: Petitionen, welche sachlich klar einer anderen Kommission zuordenbar sind, werden jeweils der betreffenden Kommission zur abschliessenden Behandlung weitergeleitet. Die Berichterstattung an den Grossen Rat erfolgt im Rahmen des vorliegenden Berichts über die JuKo. Die Behandlung von Eingaben obliegt allein der JuKo. Bei der Prüfung von Eingaben werden bei Bedarf Stellungnahmen eingeholt, welche jeweils in die Beantwortung der Eingaben einfließen.

Im Berichtsjahr sind elf Petitionen eingegangen, von denen zwei direkt beantwortet und neun an die jeweils sachlich zuständige Kommission zur direkten Beantwortung weitergeleitet wurden. Die sachlich zuständigen Kommissionen beantworteten von den neun eingegangenen Petitionen deren vier, die Behandlung der übrigen fünf Petitionen wird im Laufe dieses Jahres erwartet. Die drei Petitionen, welche 2020 eingingen und damals noch nicht abschliessend behandelt werden konnten, wurden im Berichtsjahr von den sachlich zuständigen Kommissionen erwartungsgemäss erledigt.

Die JuKo nahm im Berichtsjahr 27 Eingaben entgegen; davon konnte sie bis Ende 2021 20 abschliessen, weitere sechs wurden zuständigkeitshalber an andere Behörden weitergeleitet, eine wird im nächsten Jahr zu beantworten sein. Abgeschlossen werden konnte ferner eine Eingabe, die noch vom Vorjahr pendent war. Nicht eingetreten werden konnte auf weitere sechs Eingaben, die anonymisiert eintrafen⁷.

⁵ Art. 38 Abs. 2 Bst. f GO.

⁶ Art. 87 Abs. 1 Gesetz über den Grossen Rat vom 4. Juni 2013 (Grossratsgesetz, GRG) i. V. m. Art. 38 Abs. 3 und Art. 111 GO.

⁷ Art. 87 Abs. 5 GRG

2. Antrag der Justizkommission

Die JuKo beantragt dem Grossen Rat, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bern, 11. Mai 2022

Im Namen der Justizkommission:

Der Präsident: J. Gnägi

Die Sekretärin: H. Kauz

ANHANG: Personelle Zusammensetzung, Organisation und Beanspruchung der JuKo 2021*Personelle Zusammensetzung*

Name	Partei	In der JuKo seit
Gnägi Jan (<i>Präsident</i>)	Die Mitte	Juni 2020
Freudiger Patrick (<i>Vizepräsident</i>)	SVP	Juni 2014
Ammann Christa	AL	Juni 2018
Bauen Antonio	Grüne	Jan. 2016 bis August 2021
Berger Stefan	SP	Juni 2018
Bohnenblust Peter	FDP	März 2021
Bösiger Beat	SVP	Juni 2018
Bühler Dominique	Grüne	September 2021
Buri Urs	SVP	Juni 2018
Feuz Alexander	SVP	September 2020
Gerber Christine	SVP	Juni 2017
Graf Urs	SP	Nov. 2019
Haudenschild Peter	FDP	Juni 2021
Hess Sandra	FDP	Juni 2018 bis Juni 2021
Junker Burkhard Margrit	SP	Nov. 2019
Kipfer Hans	EVP	Januar 2021
Kocher Hirt Manuela	SP	Juni 2018
Mühlheim Barbara	glp	Dezember 2021
Schneider Sandra	SVP	Juni 2018
Stucki Barbara	glp	Juni 2020 bis November 2021
Zimmerli Christoph	FDP	Juni 2018 bis März 2021

Organisation

Geschäftsleitung	gesamte Oberaufsicht und Finanzaufsicht Gnägi Jan (<i>Präsident</i>), Freudiger Patrick (<i>Vizepräsident</i>), Bauen Antonio (<i>Ausschussleiter bis August 2021</i>), Bühler Dominique (<i>Ausschussleiterin ab September 2021</i>), Gerber Christine (<i>Ausschussleiterin</i>), Junker Burkhard Margrit (<i>Ausschussleiterin</i>)
Ausschuss I	Aufsicht Obergericht, Vorberatung Straferlasse Junker Burkhard Margrit (<i>Ausschussleiterin</i>), Buri Urs, Ammann Christa
Ausschuss II	Aufsicht Verwaltungsgericht, Vorberatung Petitionen und Eingaben Gerber Christine (<i>Ausschussleiterin</i>), Graf Urs, Haudenschild Peter (<i>ab Juni 2021</i>), Hess Sandra (<i>bis Juni 2021</i>)
Ausschuss III	Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft Bauen Antonio (<i>Ausschussleiter bis August 2021</i>), Bühler Dominique (<i>Ausschussleiterin ab September 2021</i>), Bösiger Beat, Berger Stefan
Ausschuss IV	Vorbereitung Richterwahlen Freudiger Patrick (<i>Ausschussleiter</i>), Kocher Hirt Manuela, Zimmerli Christoph (<i>bis März 2021</i>), Bohnenblust Peter (<i>ab März 2021</i>), Bauen Antonio (<i>bis August 2021</i>), Bühler Dominique (<i>ab September 2021</i>), Kohli Philip (nicht Mitglied der JuKo), Mühlheim Barbara (ab Dezember als Mitglied der JuKo), von Bergen Margret (nicht Mitglied der JuKo), Schwarz Jakob (nicht Mitglied der JuKo)

Beanspruchung der Justizkommission 2021

Die JuKo traf sich im Jahr 2021 zu sieben Plenumssitzungen. Die ständigen Ausschüsse traten zu 20 Sitzungen und die Geschäftsleitung zu elf Sitzungen zusammen.
